



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 12.05.2017

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 18. Mai 2017, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 30.03.2017
2. Mitteilungen
3. **16-F-99-0001**
Fragestunde

4. 17-F-01-0048

Kinderbetreuung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2017 -

5. 17-F-02-0014

Bündelung der städtischen Reinigungspflichten bei den Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden - ELW
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2017 -

6. 17-F-10-0009

Revisionsamtsleitung - Klärung der langen Vakanz und Neubesetzung der Stelle
- Antrag der AfD-Fraktion vom 09.05.2017 -

Durch die Bestimmungen der §§ 130 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) nimmt das Revisionsamt eine Sonderstellung in der kommunalen Selbstverwaltung ein. Das Revisionsamt ist in der Durchführung seiner Prüfungen unabhängig, der Magistrat kann keine Weisungen erteilen, die den Umfang, die Art und die Weise oder das Ergebnis der Prüfung betreffen.

Die Stadtverordnetenversammlung kann sich des Revisionsamts bedienen, um bestimmte Prüfungsaufträge direkt zu erteilen und um unmittelbare Auskünfte über Vorgänge in der Verwaltung zu erlangen.

Zusätzlich wird die starke Stellung des Revisionsamtes dadurch unterstrichen, dass der Leiter des Amtes grundsätzlich durch die Gemeindevertretung bestätigt werden muss. Mit diesen Vorschriften werden die Befugnisse der Gemeindevertretung im Rahmen Ihrer Überwachungsfunktion nach § 50 Abs.2 HGO gestärkt.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, Bericht darüber zu erstatten, warum die Stelle eines Leiters des Revisionsamtes seit Januar 2016, also seit fast eineinhalb Jahren, nicht besetzt ist.
2. Der Magistrat wird gebeten, Bericht darüber zu erstatten, inwieweit die kommissarische Leitung des Revisionsamtes seit Januar 2016 durch zwei Stellvertreter mit den rechtlichen Bestimmungen der HGO in Einklang steht.
3. Der Magistrat wird gebeten, Bericht darüber zu erstatten, wann die Revisionsamtsleitung ausgeschrieben wird.
4. Der Magistrat wird gebeten, Bericht darüber zu erstatten, ob eine solche Ausschreibung bundesweit und unter Berücksichtigung der in § 130 Abs. 4 vorgeschriebenen Kriterien erfolgen wird.

7. 17-F-03-0016

Klimaschutz bei Bauvorhaben

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2017 -

8. 17-F-05-0010

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen

- Antrag der FDP-Fraktion 22.03.2017 -

Kommunalpolitische Entscheidungen haben einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität vor Ort. Aus diesem Grund sollten die Beschlüsse der städtischen Gremien und der Verwaltung möglichst einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Durch den Wandel vom Obrigkeitsstaat zur demokratischen Bürgergesellschaft sind Top-Down-Entscheidungen keine zeitgemäßen Instrumente mehr und können die meisten Herausforderungen nicht mehr nachhaltig bewältigen. Inklusive Entscheidungsprozesse ermöglichen es daher, das Wissen vieler zielführend und im Sinne besserer Entscheidungen für die Allgemeinheit zu nutzen. Bei E-Partizipation geht es darum, die Expertise von Verwaltung und Politik mit dem zusätzlichen Wissen aus der Mitte der Gesellschaft zu erweitern und somit die Entscheidungsgrundlagen anzureichern. Neben diesem Nutzbarmachen von Bürgerwissen führt das inklusive Entscheiden auch zu einer höheren Identifikation der Betroffenen mit den Entscheidungen und erhöht somit deren Akzeptanz und erleichtert deren Umsetzung. Bürgerinnen und Bürger werden somit in die Entscheidungsprozesse integriert und zu Partnern des Wandels gemacht.

Erste positive Erfahrungen in diesem Bereich haben in Deutschland beispielsweise die Stadt Wuppertal sowie die Region Altmark mit dem Angebot des deutsch-israelischen Unternehmens 'Insights' gemacht. Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit ihren Leitlinien zur Bürgerbeteiligung den Weg in Richtung moderne Bürgerbeteiligung eingeschlagen. Dieser Weg sollte kontinuierlich weiterverfolgt und fortgesetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,

a. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits im Rahmen der Leitlinien für Bürgerbeteiligung getroffen hat, um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden.

b. an welchen Stellen der Stadtverwaltung die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger noch ausbaufähig ist.

2. zu prüfen, welche Bereiche und welche Projekte neben den bereits anvisierten besonders geeignet wären, um innovative E-Partizipation zu ermöglichen und umzusetzen.

3. nach positiver Prüfung die Instrumente der E-Partizipation in das Verwaltungshandeln aufzunehmen und anzuwenden.

ANLAGE

9. 17-F-08-0031

Sozialkarte für Wiesbaden
- Antrag der Fraktion L&P vom 10.05.2017 -

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie hat am 29.06.2016 auf Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion beschlossen, dass der Magistrat prüfen solle, was eine Sozialkarte nach den Vorstellungen der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion kosten würde. Laut Antwort vom 16.02.2017 können die Kosten für eine solche Karte nur geschätzt werden, da der Umfang der Nutzung nicht vollständig klar ist. Das Dezernat für Umwelt und Soziales kommt auf geschätzte Kosten von ca. 5,8 bis 7 Mio. € pro Jahr. Durch die Einführung der Hessen-Schülerjahreskarte sinken die geschätzten Kosten auf ca. 4,5 Mio. € pro Jahr. Um diese 4,5 Mio. € würden die wirtschaftlich am meisten Benachteiligten unserer Stadt entlastet werden. Da die Sparquote bei Leistungsberechtigten gegen null tendiert und die ortsgebundenen Ausgaben sehr hoch sind, würde der Wiesbadener Einzelhandel direkt von der Sozialkarte profitieren. Auch kulturelle Einrichtungen wie das Staatstheater oder die Wiesbadener Museen könnten sich über mehr Besucherinnen und Besucher freuen. Ein Teil des Geldes würde über direkte oder indirekte Steuern wieder in die öffentlichen Kassen zurückfließen.

Des Weiteren sorgen die hohen Kosten des jetzigen ÖPNV-Angebots dafür, dass viele Leistungsberechtigte auf eine Fahrkarte verzichten. Gleiches gilt für die hohen Eintrittspreise in Schwimmbädern und Museen. Hier kann durch die Sozialkarte ein Anreiz geschaffen werden, die Angebote öfter zu nutzen. Die tatsächlichen Kosten der Karte liegen daher wahrscheinlich weit unter den veranschlagten 4,5 Mio. €.

Der Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen:

1. Die „Wiesbadener Familienkarte“ wird weiterentwickelt zu einer „Wiesbadener Sozialkarte“, die alle in Wiesbaden wohnenden Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie alle Haushalte, deren Haushaltseinkommen die jeweiligen Regelleistungen der Grundsicherung nicht überschreiten, unentgeltlich erhalten. Für erwachsene Inhaber*innen dieser Karte gelten die jeweiligen Normaltarife für Kinder bzw. der jeweils gültige ermäßigte Eintrittspreis; Kinder und Jugendliche können die Leistungen unentgeltlich nutzen:

- im Streckennetz von ESWE-Verkehr
- in allen Frei- und Hallenbädern
- im Hessischen Staatstheater Wiesbaden
- in den Kammerspielen Wiesbaden
- in allen Kleinen Bühnen Wiesbadens
- in allen Museen
- und allen Sport-, Musik- und Kulturvereinen

Soweit von diesen Regelungen Einrichtungen betroffen sind, die nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Wiesbaden oder ihren Gesellschaften sind, setzt dies Vereinbarungen zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und diesen Einrichtungen voraus. Der Magistrat wird beauftragt, entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Der Betrag wird dem Budget des Dezernates II zugesetzt.

2. Die Wiesbadener Sozialkarte wird alle 24 Monate evaluiert. Dabei werden die tatsächlich entstandenen Kosten dargelegt und ihnen die entstandenen Mehreinnahmen (z.B. durch stärkere Nutzung des ÖPNV oder der Schwimmbäder) gegenübergestellt.

3. Für mögliche Kosten der Sozialkarte werden im kommenden Haushalt 4,5 Mio. € pro Jahr eingeplant. Die Finanzierung erfolgt aus der allgemeinen Finanzwirtschaft.

10. 17-F-11-0001

Zügiger Ausbau von Park & Ride-Anlagen / Angebote anstelle Verbote
- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Bürgerliste Wiesbaden vom 10.05.2017 -

Wiesbaden bekommt durch das stetig wachsende Verkehrsaufkommen im individualisierten Motorverkehr zunehmende und vielschichtige Probleme. Neben täglichen Pendlerstaus und den hohen Parkdruck auf den Straßen, gesellt sich zunehmend auch die Erkenntnis, dass die hohe Feinstaub- und Stickstoffoxidbelastung in naher Zukunft nicht signifikant reduziert werden kann. Ein Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Luft wird derzeit beim Land Hessen geprüft. Die angedachten Maßnahmen und die geplante City-Bahn, die noch in nicht absehbarer Zukunft liegt, können jedoch kurz- und mittelfristig nicht das Verkehrsaufkommen und die Pendlerströme nachhaltig beeinflussen. Mit dem Umland und den regionalen Mobilitätsdienstleistern koordinierte und betriebene Park and Ride-Anlagen bieten eine gute Möglichkeit als begleitende Maßnahme, die Verkehrsströme effektiv auf den ÖPNV umzuleiten und somit die Stadt vor größeren Staus und steigenden Umweltbelastungen zu schützen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daher:

Der Magistrat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit dem Mobilitätsdienstleister ESWE-Verkehr

- I. alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ein Dieselfahrverbot für die Stadt Wiesbaden zu verhindern.
- II. ein umfassendes Gesamtkonzept für Park and Ride-Anlagen für die Stadt Wiesbaden zu erarbeiten. Dabei sollen
 1. Standorte für die Pendlerverkehre nach Wiesbaden priorisiert werden, die möglichst an den Wiesbadener Stadtgrenzen liegen.
 2. umliegende Kommunen und Kreise sowie der Rhein-Main-Verkehrsverbund und die Deutsche Bahn mit einbezogen werden.
 3. die bestehenden Park and Ride-Anlagen überprüft und mit entsprechenden Schnell-Busverbindungen/Bustaktungen für den Pendlerverkehr optimiert und damit attraktiver werden.
 4. langfristig die Park and Ride-Anlagen mit Blick auf den Ausbau von schienengebundenem ÖPNV ausgerichtet werden.
 5. bestehende Bike and Ride-Anlagen ausgeweitet und neue potentielle Standorte für Bike and Ride-Anlagen mit eingeplant werden.

11. 17-F-02-0015

Grundwerte des Zusammenlebens in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2017 -

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 17-F-21-0025

Ausbau der Extremismus-Prävention in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

ANLAGE

2. 17-F-21-0026

Zuschuss - Willkommensbesuche /Projektmittel
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

ANLAGE

3. 17-F-21-0027

Zuschuss - pro familia Beratungsstelle
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

ANLAGE

4. 17-F-21-0028

Nachpflanzung von Stadtbäumen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -

ANLAGE

5. 17-F-21-0030

Förderung von Streuobst-, Artenschutz und Biotoppflegemaßnahmen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -

ANLAGE

6. 17-F-21-0031

Zuschuss - Spielplätze ertüchtigen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -

ANLAGE

7. 17-F-21-0032

Biotop- und Landschaftspflege unbebauter Grundstücke
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -

ANLAGE

8. 17-F-21-0033

Wiesbadener Umweltpreis 2017
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -

ANLAGE

9. 17-F-21-0035

Bereitstellung von Finanzmitteln für die Kulturarbeit mit Geflüchteten
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017

ANLAGE

10. 17-F-21-0036

Bereitstellung von Planungsmitteln für den Kunstsommer
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

ANLAGE

11. 17-F-21-0037

Finanzierung Projektmanagement VHS Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

ANLAGE

12. 17-F-21-0038

Einmaliger Zuschuss für das Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter
Bildungsbenachteiligung
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 26.04.2017 -

ANLAGE

13. 17-F-21-0039

Einmaliger Zuschuss für Förderangebote für Flüchtlinge
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 26.04.2017 -

ANLAGE

14. 17-F-21-0041

Stationäre Blitzer

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 24.04.2017 -

ANLAGE

15. 17-F-21-0042

Busspuren

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 24.04.2017 -

ANLAGE

16. 17-F-21-0043

Radwegemarkierungen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 24.4.2017 -

ANLAGE

17. 17-F-21-0044

Ausbau/Ertüchtigung der Videoüberwachung

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017-

ANLAGE

18. 17-F-21-0045

Verbesserung Sachausstattung Ordnungsamt

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017-

ANLAGE

19. 17-F-21-0046

Umzug der Stadtpolizei

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017-

ANLAGE

20. **17-V-01-0004** **DL 16/17-1**
Neufassung des Gesellschaftsvertrages der WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG
ANLAGE
22. **17-V-01-0011** **DL 16/17-2**
City-Passage - Weitere Schritte zur Revitalisierung des Quartiers / Ausschreibungsverfahren
23. **17-V-01-0014** **DL 15/17-2**
Bericht zum Projekt Walkmühle
24. **17-V-20-0007** **DL 15/17-3**
Änderung der Satzung der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH
25. **17-V-20-0010** **DL 16/17-4**
Evaluierungsbericht über das Projekt eAkte
26. **17-V-20-0012** **DL 16/17-5**
Kapitaleinlage in die TriWiCon
26. **17-V-40-0003** **DL 15/17-5**
Hafenschule - Erweiterung um zwei Klassenraumcontainer und Austausch von zwei vorhandenen Containern.
ANLAGE
27. **17-V-40-0013** **DL 16/17-6**
Fritz-Gansberg-Schule - Wiederaufnahme der Planungen Neubau
28. **17-V-50-0001** **DL 15/17-6**
Städtisches Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung - Teil III dauerhafte Maßnahmen; Fortführung

29. 17-V-52-0001 DL 16/17-7, 14/17-5

Sporthalle Wettinerstraße - konzeptionelle Überlegungen eines Neubaus

30. 17-V-66-0207 DL 15/17-7

Änderung des Gesellschaftervertrages ivm (integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main)

31. 17-V-66-0208 DL 17/17-2, 16/17-8

Umgestaltung der Rheinuferfläche ehemals Kies-Menz-Gelände, 1. BA (Am Kransand)

32. 17-V-66-0302 DL 16/17-9

Abschluss des Ausbaus Söhnleinstraße K 648

33. 17-V-66-0305 DL 16/17-10

Instandsetzungsarbeiten an der Theodor-Heuss-Brücke in den Sommerferien 2017

Tagesordnung III

1. 17-V-01-0005 DL 17/17-1

Berufung eines Mitgliedes in den Gestaltungsbeirat Wiesbaden

ANLAGE

2. 17-V-01-4005

Ehrung von Bürgermeister Goßmann anlässlich seines Ausscheidens

ANLAGE

3. 17-V-01-4007 DL 16/17-3

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden im Wasserverband Hessisches Ried

4. 17-V-30-0001 DL 15/17-4

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI (Wiesbaden-Schierstein)

Tagesordnung IV

1. **17-V-20-0008** **DL 15/17-2 NÖ**
Bürgschaften
2. **17-V-20-0009** **DL 16/17-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2016
3. **17-V-20-0013** **DL 17/17-1 NÖ**
Bürgschaften
4. **17-V-21-0003** **DL 15/17-3 NÖ**
Zusammenlegung der beiden Standorte des Kassen- und Steueramtes am Standort
Hasengartenstraße 25
5. **17-V-36-0002** **DL 15/17-4 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden vom 26.01.2017
6. **17-V-80-2315** **DL 15/17-5 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Oktober 2016 bis 31. Dezember 2016 genehmigten Grundstücksgeschäfte
7. **17-V-80-2317** **DL 17/17-2 NÖ**
Verkauf eines Einfamilienhauses

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin